

Satzung

über die

Erhebung von Beiträgen für die erstmalige Herstellung von Erschließungsanlagen (Erschließungsbeiträgen)

Ellenberg

in der Gemeinde ~~Stadt~~

vom *3. August 1961*

Der Gemeinderat ~~Stadt~~ hat auf Grund des § 132 des Bundesbaugesetzes vom 23. 6. 1960 (BGBl. I S. 341) in Verbindung mit § 21 Gemeindeordnung (Selbstverwaltungsgesetz für Rheinland-Pfalz) i. d. F. vom 5. 10. 1954 (GVBl. S. 117) und der §§ 1—4 des Kommunalabgabengesetzes vom 8. 11. 1954 (GVBl. S. 139) in seiner Sitzung vom *3. August 1961* folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Erhebung des Erschließungsbeitrages

Zur Deckung ihres anderweitig nicht gedeckten Aufwandes für Erschließungsanlagen erhebt die Gemeinde Erschließungsbeiträge nach den Vorschriften des Bundesbaugesetzes v. 23. 6. 1960 - BGBl. I S. 341 - (§§ 127ff.) sowie nach Maßgabe dieser Satzung.

§ 2

Art und Umfang der Erschließungsanlagen

- (1) Beitragsfähig ist der Erschließungsaufwand:
 1. für die zum Anbau bestimmten öffentlichen Straßen und Wege
 - a) bei beiderseitiger Bebaubarkeit bis zu 14 m Breite,
 - b) bei einseitiger Bebaubarkeit bis zu 8 m Breite;
 2. für die zum Anbau bestimmten öffentlichen Plätze bis zu 8 m Breite;
 3. für die nicht zum Anbau bestimmten Sammelstraßen (§ 127 Abs. 2 Ziff. 2 BBauG) bis zu 21 m Breite;
 4. für Parkflächen,
 - a) die Bestandteile der Verkehrsanlagen im Sinne von Ziff. 1 bis 3 sind, bis zu einer weiteren Breite von 4 m,
 - b) soweit sie nicht Bestandteile der in Ziff. 1 bis 3 genannten Verkehrsanlagen sind, aber nach städtebaulichen Grundsätzen innerhalb der Baugebiete zu deren Erschließung notwendig sind, bis zu 15 v. H. der Summe der nach Abs. 2 sich ergebenden Geschoßflächen;
 5. für Grünanlagen,
 - a) die Bestandteile der Verkehrsanlagen im Sinne von Ziff. 1 bis 3 sind, bis zu einer weiteren Breite von 4 m,
 - b) soweit sie nicht Bestandteile der in Ziff. 1 bis 3 genannten Verkehrsanlagen sind, aber nach städtebaulichen Grundsätzen innerhalb der Baugebiete zu deren Erschließung notwendig sind, bis zu 15 v. H. der Summe der nach Abs. 2 sich ergebenden Geschoßflächen.
- (2) Die zulässigen Geschoßflächen der einzelnen Grundstücke im Sinne von Abs. 1 Ziff. 4 b und 5 b ergeben sich aus den zulässigen Grundrißflächen der Gebäude, vervielfacht mit der Anzahl der zulässigen Geschosse. Dabei sind in Gebieten, in denen eine Wohn- und Gewerbenutzung zulässig ist, ein Geschos und in Gebieten, in denen überwiegend gewerbliche Nutzung zulässig ist, zwei Geschosse doppelt zu zählen. Bei Grundstücken, für die eine gewerbliche Nutzung ohne Bebauung festgesetzt ist, ist als zulässige Geschoßfläche die halbe Grundstücksfläche anzusetzen. Für Grundstücke, die zur baulichen Nutzung bestimmt sind, deren zulässige Geschoßflächen jedoch im Bebauungsplan nicht festgesetzt sind, ergeben sich die zulässigen Geschoßflächen aus dem Durchschnitt des Maßes der baulichen Nutzung der angrenzenden Grundstücke.
- (3) Zu dem Erschließungsaufwand nach Abs. 1 Ziff. 1 bis 3 im Sinne des § 128 Abs. 1 des Gesetzes gehören insbesondere die Kosten für:
 - a) den Erwerb der Grundflächen,
 - b) die Freilegung der Grundflächen,
 - c) die Herstellung des Straßenkörpers einschließlich des Unterbaues, der Befestigung der Oberfläche sowie notwendiger Erhöhungen oder Vertiefungen,
 - d) die Herstellung von Rinnen sowie der Randsteine,
 - e) die Radfahrwege,
 - f) die Bürgersteige,
 - g) die Beleuchtungseinrichtungen,
 - h) die Entwässerung der Erschließungsanlagen,
 - i) die Herstellung von Böschungen, Schutz- und Stützmauern,

- j) den Anschluß an andere Erschließungsanlagen,
 - k) die Übernahme von Anlagen als gemeindliche Erschließungsanlagen.
- (4) Der Erschließungsaufwand umfaßt auch den Wert der von der Gemeinde aus ihrem Vermögen bereitgestellten Flächen im Zeitpunkt der Bereitstellung.
 - (5) Für Parkflächen und Grünanlagen gelten Abs. 3 und 4 sinngemäß.
 - (6) Der Erschließungsaufwand im Rahmen des Abs. 1 umfaßt auch die Kosten, die für die Teile der Fahrbahn einer Ortsdurchfahrt, einer Bundesstraße oder einer Landstraße I. und II. Ordnung entstehen, die über die Breiten der anschließenden freien Strecken hinausgehen.

§ 3

Art der Ermittlung des beitragsfähigen Erschließungsaufwandes

- (1) Der beitragsfähige Erschließungsaufwand (§ 2) wird nach den tatsächlichen Kosten ermittelt.
- (2) Die Ermittlung des Erschließungsaufwandes erfolgt für die einzelne Erschließungsanlage oder für bestimmte Abschnitte einer Erschließungsanlage.
- (3) Die Aufwendungen für Sammelstraßen (§ 2 Abs. 1 Ziff. 3), für Parkflächen im Sinne von § 2 Abs. 1 Ziff. 4 b und für Grünanlagen im Sinne von § 2 Abs. 1 Ziff. 5 b werden entsprechend den Grundsätzen des § 5 Abs. 1 den zum Anbau bestimmten Straßen, Wegen und Plätzen, für deren Erschließung diese gemeinschaftlichen Erschließungsanlagen notwendig sind, zugerechnet.
- (4) Die Gemeinde kann für mehrere Anlagen, die für die Erschließung der Grundstücke eine Einheit bilden, bestimmen, daß der Erschließungsaufwand insgesamt ermittelt wird.

§ 4

Anteil der Gemeinde am beitragsfähigen Erschließungsaufwand

Die Gemeinde trägt ¹⁰ v. H. des beitragsfähigen Erschließungsaufwandes *)

§ 5

Art der Verteilung des beitragsfähigen Erschließungsaufwandes

- (1) Der nach § 3 ermittelte Erschließungsaufwand wird nach Abzug des Anteils der Gemeinde (§ 4) auf die durch die Erschließungsanlage, die bestimmten Abschnitte einzelner Erschließungsanlagen oder zusammengefaßten Erschließungsanlagen erschlossenen Grundstücke zu 50 v. H. nach der Grundstücksbreite an der Erschließungsanlage (Frontmeterlänge) und zu 50 v. H. nach der Grundstücksfläche verteilt.
- (2) Für Eckgrundstücke gilt folgende Regelung:
 - a) Für aufeinanderstoßende Erschließungsanlagen, an denen ein Grundstück mit einem Eckwinkel von nicht mehr als 135 Grad liegt, wird die Grundstücksfläche nur der Errechnung der zuerst hergestellten Erschließungsanlage zu Grunde gelegt, wenn
 1. beide Erschließungsanlagen nach dem Inkrafttreten dieser Satzung hergestellt werden oder
 2. für eine der beiden Erschließungsanlagen bereits vor Inkrafttreten dieser Satzung Beiträge entrichtet worden sind oder eine Beitragspflicht entstanden ist und noch geltend gemacht werden kann.
 - b) Berührt das Eckgrundstück eine Erschließungsanlage, deren Baulast nicht die Gemeinde trägt, so gilt die Regelung nach Buchstabe a) nicht. Für Teile der Erschließungsanlagen, die an beiden Grundstücksseiten liegen und die in der Baulast der Gemeinde stehen (z. B. Bürgersteige, Parkflächen), gilt Buchstabe a) entsprechend.

Bei Eckabschrägungen und -abrundungen ist der Schnittpunkt der geraden Verlängerung der Straßengrenzen maßgebend.

- (3) Liegt ein Grundstück zwischen zwei Erschließungsanlagen, so gelten die Vergünstigungen für Eckgrundstücke (Abs. 2), wenn der geringste Abstand zwischen den Erschließungsanlagen nicht mehr als 35 m beträgt.
- (4) Die Absätze (2) und (3) gelten nur für Grundstücke, die ausschließlich Wohnzwecken dienen.
- (5) In Gebieten (einzelne Erschließungsanlagen, bestimmte Abschnitte einer Erschließungsanlage, zusammengefaßte Erschließungsanlagen) mit zulässiger unterschiedlicher baulicher oder sonstiger Nutzung, die nach dem 30. 6. 1961 neu erschlossen werden, wird der Erschließungsaufwand in dem Verhältnis verteilt, in dem die Summen aus den Grundstücksflächen und den zulässigen Geschoßflächen der einzelnen Grundstücke zueinanderstehen. Für die Ermittlung der zulässigen Geschoßflächen gilt § 2 Abs. 2 entsprechend.

*) Der v. H.-Satz muß mindestens 10 v. H. betragen. Er kann auch höher sein. Wird er jedoch mit mehr als 33¹/₃ v. H. festgesetzt, so ist die Satzung genehmigungspflichtig (s. Abs. 3 des RdErl.).

§ 6

Kostenspaltung

Der Erschließungsbeitrag kann für

1. den Grunderwerb,
2. die Freilegung,
3. die Fahrbahn oder deren Teile,
4. die Radfahrwege,
5. die Bürgersteige,
6. die Parkflächen,
7. die Grünanlagen,
8. die Beleuchtungsanlagen,
9. die Entwässerungsanlagen

gesondert erhoben werden, sobald die Maßnahme, deren Aufwand durch Teilbeträge gedeckt werden soll, abgeschlossen worden ist. Diesen Zeitpunkt stellt die Gemeinde fest.

§ 7

Merkmale der endgültigen Herstellung der Erschließungsanlagen

- (1) Die öffentlichen zum Anbau bestimmten Straßen, Wege und Plätze sowie Sammelstraßen und Parkflächen sind endgültig hergestellt, wenn sie die nachstehenden Merkmale aufweisen:
 1. eine Pflasterung, eine Asphalt-, Teer-, Beton- oder ähnliche Decke,
 2. Straßentwässerung sowie die etwa vorgesehene Beleuchtung,
 3. Anschluß an eine dem öffentlichen Verkehr gewidmete Straße.
- (2) Bürgersteige und Radfahrwege sind endgültig hergestellt, wenn sie eine Abgrenzung gegen die Fahrbahn und gegeneinander sowie eine Befestigung mit Platten, Pflaster, Asphaltbelag oder eine ähnliche Decke aufweisen, soweit die Gemeinde nicht beschließt, daß bei einfachen Wohnwegen und Siedlungsstraßen auf die Anlegung erhöhter Bürgersteige verzichtet wird und Gehwege in einfacher Form angelegt werden.
- (3) Grünanlagen sind endgültig hergestellt, wenn die dafür vorgesehenen Flächen gärtnerisch angelegt sind.
- (4) Die Gemeindeverwaltung stellt die endgültige Herstellung der einzelnen Erschließungsanlage, des bestimmten Abschnittes einer Erschließungsanlage oder der zusammengefaßten Erschließungsanlagen fest und gibt sie öffentlich bekannt.

§ 8

Beitragsbescheid

- (1) Die Gemeindeverwaltung ~~Stadtverwaltung~~ setzt die Höhe des Beitrages, die auf den einzelnen Beitrags-schuldner entfällt, durch schriftlichen Bescheid fest.
- (2) Der Beitragsbescheid enthält
 - a) den Namen des Beitragsschuldners,
 - b) die Bezeichnung des Grundstückes,
 - c) die Höhe des Beitrages,
 - d) die Berechnung der Beitragshöhe,
 - e) die Festsetzung des Zahlungstermins,
 - f) die Eröffnung, daß der Beitrag als öffentliche Last auf dem Grundstück ruht,
 - g) eine Rechtsmittelbelehrung.
- (3) Hat der Beitragsschuldner oder sein Rechtsvorgänger Grundflächen unentgeltlich oder unter ihrem Verkehrswert zur Herstellung der Straße an die Gemeinde abgetreten und sind solche Abtretungen bei der Ermittlung des Erschließungsaufwandes berücksichtigt worden, so wird der Unterschiedsbetrag als Vorausleistung auf den Erschließungsbeitrag angerechnet. Maßgebend ist der Verkehrswert im Zeitpunkt der Bereitstellung.

§ 9

Vorausleistungen und Ablösungen des Erschließungsbeitrages

- (1) Vorausleistungen nach § 133 Abs. 3 Satz 1 des Bundesbaugesetzes ~~werden~~ bis zu 80 v. H. der Höhe des voraussichtlichen Erschließungsbeitrages erhoben. *werden*
- (2) Der Betrag einer Ablösung nach § 133 Abs. 3 Satz 2 des Bundesbaugesetzes bestimmt sich nach der Höhe des voraussichtlich entstandenen Beitrages. Ein Rechtsanspruch auf Ablösung besteht nicht.*

§ 10

Anwendung des Kommunalabgabengesetzes

Für die Erhebung von Erschließungsbeiträgen gelten im übrigen die in § 3 Kommunalabgabengesetz vom 8. 11. 1954 (GVBl. S. 139) bezeichneten Vorschriften der Reichsabgabenordnung, des Steueranpassungsgesetzes und des Steuersäumnisgesetzes.

*) Die Satzung kann auf diese Regelung verzichten.

§ 11
Überleitungsbestimmungen

Bei unbebauten Grundstücken, die am 30. 6. 1961 an bereits vorhandenen Ortsdurchfahrten von Bundesstraßen sowie von Landstraßen I. und II. Ordnung liegen, können über § 2 Abs. 6 hinaus Beiträge in den Grenzen des § 2 erhoben werden (§ 180 Abs. 3 BBauG).

§ 12
Inkrafttreten

(1) Diese Satzung tritt am 30. Juni 1961 in Kraft.

~~(2) Gleichzeitig treten die Bestimmungen der Satzung über die Erhebung von Anliegerbeiträgen vom außer Kraft, soweit sie Regelungen über die Erhebung von Beiträgen für die erstmalige Herstellung von Erschließungsanlagen enthält.~~

~~(3) Soweit für die Herstellung von Straßen eine Beitragspflicht vor dem 30. 6. 1961 auf Grund der bisherigen Satzung entstanden ist, gilt für die Abrechnung der Herstellungskosten die bisherige Satzung weiter.~~

Ellenberg
(Ort)

3. August 1961
(Datum)

Gemeindeverwaltung - ~~Stadtverwaltung~~ - Ellenberg

G e s e h e n !

Birkenfeld/Nahe, den 18. Okt. 1961

Landratsamt
in Vertretung:

Vermerk
Regierungsrat
In den Akten ist zu vermerken:



Müller
(Unterschrift)
Bürgermeister - ~~Oberbürgermeister~~

1. Der Entwurf dieser Satzung hat vom 19. 7. 61 bis 2. 8. 61
bei der Gemeindeverwaltung - ~~Stadtverwaltung~~ - Ellenberg
zur öffentlichen Einsichtnahme ausgelegen. Die öffentliche Auslegung wurde am 18. 7. 1961
durch *Ortspfarrer*
öffentlich bekanntgemacht.

2. Diese Satzung wurde am 9. Okt. 1961 dem Landratsamt ~~der Bezirksregierung~~
gemäß § 21 Abs. 4 GO vorgelegt.

(Bei Abweichungen von der Mustersatzung: Diese Satzung wurde am
durch das Landratsamt — die Bezirksregierung

..... unter Az.: staatsaufsichtlich genehmigt.)

3. Diese Satzung wurde am 14. 11. 61 durch *Ortspfarrer*
..... öffentlich bekanntgemacht.**)



Müller
(Unterschrift mit Dienstsiegel)

***) Nichtzutreffendes streichen